



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.  
Action Committee Service for Peace-Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41  
D-53115 Bonn

Telefon: 02 28/2 49 99-0  
Telefax: 02 28/2 49 99-20

agdf@friedensdienst.de  
www.friedensdienst.de

Bank  
BIC  
IBAN

KD-Bank eG Duisburg  
GENODED1DKD  
DE73 3506 0190 1011 3910 16

## ***AGDF: Statt Pflichtdienst die Freiwilligendienste stärker unterstützen und fördern***

Bonn, 21. Juni 2022/dj

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) hat sich gegen die Einführung eines Pflichtdienstes für junge Menschen ausgesprochen und stattdessen eine stärkere staatliche Unterstützung der Freiwilligendienste gefordert. „Wer freiwillig einen Dienst leistet, macht dies engagiert und motiviert. Sie sind daher sinnvoller als ein Pflichtdienst“, so Jan Gildemeister, der Geschäftsführer der AGDF. Kürzlich hatte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Einführung eines Pflichtdienstes ins Gespräch gebracht.

Freiwilligendienste erfreuten sich einer großen Beliebtheit – ob das Freiwillige Soziale oder Ökologische Jahr, der nach der Aussetzung der Wehrpflicht neu geschaffene Bundesfreiwilligendienst oder ein Freiwilliges Internationales Jahr, betont der AGDF-Geschäftsführer. Dies gelte es zu fördern und zu unterstützen, ist Jan Gildemeister überzeugt.

Freiwilligendienste würden keine Arbeitsplätze ersetzen, die pädagogische Begleitung mache die Dienste zudem zu einer Lern- und Bildungszeit, erläutert der AGDF-Geschäftsführer. „Und im Vergleich zum bürokratischen Pflichtdienst wird durch Freiwilligendienste primär die Zivilgesellschaft gestärkt“, fügt Jan Gildemeister hinzu. Auch ökonomisch mache ein Pflichtdienst seiner Ansicht nach keinen Sinn: Er wäre sehr teuer und würde den Mangel an jungen Menschen in der Wirtschaft verschärfen. Stattdessen solle generell ehrenamtliches Engagement attraktiver gemacht werden, so der AGDF-Geschäftsführer.

Die Diskussion über Chancen und Grenzen einer allgemeinen Dienstpflicht sei nicht neu, betont Jan Gildemeister. Bereits 2004 habe sich eine vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland eingesetzte Kommission nach gründlicher Erörterung ausdrücklich für den Ausbau der Freiwilligendienste und gegen die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht ausgesprochen. Diese Empfehlung gelte auch heute, betont der AGDF-Geschäftsführer.

Die AGDF bedauere daher, dass die EKD-Ratsvorsitzende vor kurzem in einem Interview die Einführung einem sozialen Pflichtdienst für junge Leute, wie ihn der Bundespräsident vorgeschlagen hat, befürwortete. „Ich würde mich freuen, die EKD würde sich gegenüber dem Staat für eine Stärkung der Freiwilligendienste einsetzen, so wie die EKD bereits 2006 in ihrer Handreichung ‚Freiheit und Dienst‘ zur Frage einer

allgemeinen Dienstpflicht und zur Stärkung von Freiwilligendiensten gefordert hatte“, meint AGDF-Geschäftsführer Jan Gildemeister.

Kontakt:

Jan Gildemeister, Tel. 0228/24 999-13, H 0172/70855 37